

## Eine Krise im Polenklub.

Wien, 27. Februar.

Ein für die Zustände im Abgeordnetenhaus bezeichnender Vorfall hat sich heute ereignet: Der Obmann des Polenklubs, Freiherr v. G o e z, hat in der heutigen Sitzung des Polenklubs erklärt, daß er auf seine Würde verzichte. Der Rücktritt erfolgte wegen gewisser radikaler Strömungen, die sich im Polenklub bemerkbar machen und die gegenwärtige oppositionelle Stimmung der gemäßigten Gruppen für ihre sonderpolitischen Zwecke ausnützen wollen. Die allpolnische Fraktion, unter Führung der Abgeordneten Dr. G l o m b i n s k i und Grafen S t a r b e l, und die polnische Volkspartei verlangen einen engeren Anschluß an die Tschechen. Die gemäßigten Elemente, die Konservativen und Demokraten, machen zwar die gegenwärtige oppositionelle Taktik mit, suchen jedoch eine Identifizierung mit der sich in Extremen bewegenden Negationspolitik der Tschechen zu vermeiden. Speziell die Allpolen wünschen die gegenwärtigen Verhältnisse zu benützen, um einen slavischen Block zu bilden, der unter der Führung des Dr. K r a m a r s c h in Prag nur in eine uferlose radikale Strömung geraten könnte. Konservative und Demokraten sind auch für eine oppositionelle Politik, aber für eine gewisse Absonderung von den übrigen oppositionellen Parteien.

Die Vorgeschichte der gestrigen gemeinsamen Konferenz der Polen, Tschechen und Südslawen wird heute von polnischer Seite folgendermaßen dargestellt: Die Einladung, an dieser Besprechung teilzunehmen, erfolgte von dem Obmann des Tschechischen Verbandes, Abgeordneten S t a n e l. Die parlamentarische Kommission des Polenklubs befaßte sich damit und kam zu der Ansicht, daß kein Grund vorliege, einer solchen Einladung nicht Folge zu leisten. Abgeordneter S t a n e l schlug als Konferenzlokal das Klubzimmer des Tschechischen Verbandes vor. Die parlamentarische Kommission des Polenklubs lehnte diesen Vorschlag ab und wollte die Besprechung an einem neutralen Orte, eventuell in einem Ausschußlokal, abhalten. Schließlich einigte man sich darauf, daß die gemeinsame Konferenz im Zimmer des Vizepräsidenten Hofrates G e r m a n abgehalten werde. Hofrat G e r m a n führte dann allerdings in seiner Eigenschaft als Hausherr den Vorsitz in der gemeinsamen Besprechung. Aus dieser Darstellung ist ganz klar die Linie zu ersehen, die gestern die parlamentarische Kommission des Polenklubs einhalten wollte: Opposition, aber nicht Aufgehen in einem tschechisch-südslawisch-polnischen Block. Die radikalen Strömungen im Polenklub scheinen sich nunmehr etwas Festiger geltend zu machen. Aufgefallen ist heute, daß Freiherr v. G o e z in seiner Eigenschaft als Obmann des Polenklubs beim Ministerpräsidenten Dr. v. S e i d l e r erschienen ist. Von polnischer Seite wurde zwar sofort erklärt, daß diese Besprechung keinen politischen Zweck gehabt habe, sondern in einer rein galizischen Angelegenheit erfolgt sei, die Tatsache bleibt aber doch bestehen, daß sie stattfand, obwohl der Polenklub beschloffen hat, jeden Verkehr mit der Regierung abzubrechen. Möglicherweise hat auch dieses Vorgehen des Freiherrn v. G o e z den Radikalen zu neuen Vorstößen Anlaß gegeben. Schließlich spielt vielleicht auch ein Umstand mit, der mit den jetzigen Audienzen von Parlamentariern zusammenhängt. Freiherr v. G o e z ist zum Obmann des Polenklubs gewählt worden, nachdem Monate hindurch diese Stelle infolge der Zerwürfnisse innerhalb des Klubs selbst nicht besetzt werden konnte und nachdem auch mehrere andere Kandidaten entweder die erforderliche Mehrheit nicht erhalten konnten oder die auf sie entfallende Wahl nicht angenommen hatten. Freiherr v. G o e z galt als ein gemäßigter Parlamentarier, der in der kurzen Zeit seiner Obmannschaft bemüht war, streng korrekt sein Verhalten nach den Wünschen seiner Klubgenossen einzurichten. Vorläufig hat der Klub die Rücktrittserklärung nicht zur Kenntnis genommen.

Im übrigen ist die Situation im Abgeordnetenhaus nach wie vor ungeklärt. Das Plenum verhandelt die neutrale Tagesordnung weiter, der Ministerpräsident und die arbeitswilligen Parteien bemühen sich, einen Ausweg zu finden. Die heute gemeldeten Audienzen tschechischer und südslawischer Parlamentarier hängen mit den Entwirkungsversuchen zusammen. Die Regierung hält daran fest, die Vorlage über das Budgetprovisorium als Ganzes inklusive der Kreditermächtigungen zu bekommen. An eine Ausschließung des § 3 der Vorlage, der die Kreditermächtigungen enthält, wird nicht gedacht. Man erwartet die Klärung der Situation kaum vor Anfang der nächsten Woche.